

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Erste Ausgabe mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage nachmittags 8 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsbeginn monatlich 4 Mk., durch unsere Kurträger eingeschoben in der Stadt monatlich 4.80 Mk., auf dem Lande 4.20 Mk., durch die Post bezogen monatlich 12 Mk., ohne Postgebühren. Die Postgebühren und Postkosten sowie unsere Kurträger und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse können wir die Lieferung des Blattes oder die Zahlung des Bezugspreises einstellen.



Interaktionspreis 10 Pf. für die 6geheften Kurpostkarte oder deren Raum, Leipzig 70 Pf., Postamt 2 Mk. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechend Preisnachlass. Bestellungen im amtlichen Zeit (zum von Zeitungen) die 2geheften Kurpostkarte 2.50 Mk., Nachweilungs-Beitrag 50 Pf., Tagesausgaben 10 Pf. monatlich 10 Pf. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Nachrichten übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung stellt.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 298.

Freitag den 24. Dezember 1920.

79. Jahrgang.

## Keine Zeitung für eilige Leser.

- Das Reichskabinett hat beschlossen, die einzelnen Minister zu schriftlichen Erklärungen mit kurzer Frist darüber zu verpflichten, wie die Gesichtspunkte der Sparpolitik und der notwendigen Erfüllung der Staatsaufgaben zu vereinigen sind.
- Der Herrang Ernst August II. der braunschweigischen Regierung eine Forderung auf einen Teil des Kammerguts im Gesamtwert von etwa 250 Millionen überreichen.
- Der frühere Staatssekretär des Auswärtigen, v. Kühlmann, ist in den Ausschuss der von der Obersten-Kammer in Amsterdam eingetreten.
- Der Oberbürgermeister von Hannover, Reinert, hat seinen Rücktritt erklärt.
- Die Brüsseler Konferenz wird am 15. Januar wieder zusammengetreten.
- General Cavaglia hat d'Annunzio im Namen der italienischen Regierung ein Ultimatum überreichen lassen.
- Die Revolutionäre in Korea haben der japanischen Regierung den Krieg erklärt.

## Spaltungen.

Von mittelparteilichen politischen Kreisen wird aus Berlin gemeldet:

Die Kommunisten legen gar keinen Wert darauf, sich, was man sagt, eine „gute Presse“ zu besorgen, oder was das bedeuten will, bei der öffentlichen Meinung der Rechten zu machen. Im Gegenteil, je mehr über sie gescholten wird, desto wohler scheinen sie sich zu fühlen. Wie es, in den ausgereizten Tagen der deutschen Revolution, sonstigen zum einen von manchen Parteien gehörte, von Spitzeln in von Würdenträgern im gegnerischen Lager zu sprechen, so wird den Kommunisten heute von ihren radikalen Nachbarparteien vorgezogen, sie unterhalten förmliche Spaltungszentralen, um vor allem die Einheitsfront der Arbeiterbewegung zu zerbrechen.

Dieses schmerzliche Gut, mit dem die deutsche Sozialdemokratie viele Jahrzehnte lang allen ihren Bruderparteien vorleuchtete und das sie hütete wie den heiligen Gral, es gehört, seitdem die Unabhängigen unter Haases Führung sich von Scheidemanns Geisteswelt trennten, der Vergangenheit an und keiner noch so eiserernen Verschönerung will es gelingen, es wieder von den Toten zu erwecken. Vielleicht hätte sich der frühere Zustand noch einmal wiederherstellen lassen, wenn nicht die Unabhängigen ihrerseits die kommunistische Partei aus sich herausgeboren hätten, was zur — natürlichen oder unnatürlichen — Folge hatte, daß auch sie sich plötzlich zwischen zwei Feuer geraten sahen. Jedenfalls ist seitdem die Spaltung das Lösungswort der proletarischen Bewegung geworden. Bald trachtet es in Belgien, bald in der Tschecho-Slowakei, und wo man auch hinsieht, überall wiederholen sich bald im Kleinen, bald im Großen, die Trennungsvorgänge, die wir in Deutschland ja nun schon zur Genüge kennengelernt haben. Das neueste Beispiel bietet der große Berliner Ortsverband der Metallarbeiter. Es ist noch gar nicht lange her, wohl kaum mehr als ein Jahr, daß die Leitung dieser Organisation, die stets als musterhaft und tonangebend in der gesamten deutschen Arbeiterbewegung anerkannt war, den mehrheitssozialistischen Arbeitern von den Unabhängigen abgenommen wurde. Seitdem hatte Richard Müller, der berühmte „Leichenwähler“, gewonnenes Spiel in diesen Verbänden — doch nur mit dem Erfolg, daß seine Herrschaft alsbald von noch radikaleren Elementen der Metallarbeiterchaft bestritten und bekämpft wurde. Bis zur abermaligen Neuwahl des Vorstandes war der Kampf bereits so groß geworden, daß der gewöhnliche Wahlakt keine Entscheidung mehr zu bringen vermochte, so daß zur Urabstimmung in der Gesamtschicht schrittweise werden mußte. Und das Ergebnis? Von 170 000 eingeschriebenen Mitgliedern haben sich, trotz nachdrücklicher Wahlagitatorik, nur rund 60 000 an der Abstimmung beteiligt, und von diesen Stimmen sind fast genau ebenso viele Stimmen auf die eine wie auf die andere Liste entfallen. Also wird es wohl auch hier zur Spaltung kommen mit allen ihren sonstigen Folgeerscheinungen. Eine große Organisation wird zertrümmert, weil eben in der Arbeiterbewegung von heute der Knorr den Knubben nicht mehr zu tragen vermag.

Wie die sozialistische Welt sich doch verändert hat! Statt ihr großer Wegweiser, sprach einst von der Expropriation der Expropriateure, wobei er voraussetzte, daß der Fortgang der sozialen Entwicklung schließlich dazu führen werde, daß der übergroßen Masse des „enterbten“ Volkes auf der einen nur wenige Großkapitalisten auf der anderen Seite gegenüberstehen würden. Die Mehrheit müßte dann leichtes Spiel haben gegen die Minderheit. Heute aber denken die Kommunisten gar nicht daran, sich auf das Recht der Mehrheit zu berufen, sie bilden sich gar nicht ein, es jemals irgendwo bis zur Mehrheit bringen zu können. Nein, die Minderheit ist ihr Stolz, weil sie sich die bessere Qualität, die größere revolutionäre Entschlossenheit zu rechnen. Je größer ihre Bewegung wird, desto mehr fürchten sie ihre Verflachung, und deshalb spielen sie auf die Mehrheit und auf die von ihr hergedeutete Demokratie. Das alles sind für sie überwundene Werte. Jäten kommt es einzig und allein auf die „Aktion“ an, auf das Vorwärtstreiben der Revolution, und wenn ihre eigenen Kräfte

genossen, die Arbeiter, sich ihnen dabei in den Weg stellen, werden sie ebenso rücksichtslos bei Seite geschoben wie die Bourgeoisie. Das Mittel der Spaltungen dient ihnen einfach zur Auflösung gegnerischer Fronten, und sie bedienen sich seiner in jedem Breis, ob die Interessen der Gesamtarbeiterschaft dadurch geschädigt werden oder nicht.

Viele Arbeiter gehen sich unter diesen Umständen nach und nach von der Politik zurück, wie es vor ihnen schon viele Bürgerliche getan haben. Man kann ihnen diesen Entschluß natürlich nicht verbieten.

## 265 Milliarden Goldmark!

Das Ergebnis von Brüssel.

In der letzten amtlichen Haas-Neuter-Meldung wird sehr viel von dem „guten Willen Deutschlands“ und der Bereitwilligkeit der Entente zu einer vernünftigen Regelung der Wiedergutmachung geredet. Diesem laubungssoollen Erguß folgt nun die Rechnung, die man uns präsentiert: nicht weniger als 265 Milliarden Goldmark sollen wir in 42 Jahren zahlen! Im einzelnen sieht dieser enorme Sachverstandshempenplan etwa so aus:

Vom Mai 1921 an wird Deutschland während 42 Jahren in jedem Jahre drei Milliarden Goldmark in halbjährlichen Raten zahlen. Von 1925 bis 1930 beträgt die abzuliefernde Summe pro Jahr sechs Milliarden Goldmark; von 1931 bis 1961 sieben Milliarden Goldmark. Man sieht ferner die Möglichkeit einer deutschen Anleihe vor, aber nur unter Bewilligung seitens der Wiedergutmachungskommission. Diese Anleihe soll durch die gesamten Einnahmen des Reiches und der deutschen Einzelstaaten, die Kollektiveinkommen indogreifen, garantiert werden. Jedes deutsche Kreditgeschäft im Auslande, sei es seitens der deutschen Reichsregierung, sei es seitens der Einzelstaaten, der Provinzen oder der Städte, muß vorher der Wiedergutmachungskommission zur Bewilligung vorgelegt werden. Es wird eine besondere Kommission für die deutsche Außenschuld errichtet. Die Deutschen und die Neutralen werden je einen Vertreter in dieser Kommission haben. Die Wiedergutmachungskommission wird das Recht haben, von 1926 an Stundung zu gewähren. Diese Stundung darf in der Zeit von 1926 bis 1931 Beträge über zwei Milliarden Mark, von 1932 an auf keinen Fall Beträge über drei Milliarden übersteigen.

Als Garantien sind folgende Einnahmen in Aussicht genommen: Deutschland wird der Wiedergutmachungskommission deutsche Industriepapiere bis zur Höhe von fünf Milliarden Goldmark hinterlegen müssen. Die Wiedergutmachungskommission kann nötigenfalls weitere Hinterlegungen fordern. Die Kollektiveinkommen werden gleichfalls unter die Kontrolle der Wiedergutmachungskommission gestellt, die die Kollektiveinkünfte überwacht und die Beiträge beschlagnahmt, wenn Deutschland seine Verpflichtungen nicht einlöst. Eine strenge Überwachung ist in Aussicht genommen, wodurch also die gesamten deutschen Kollektiveinkünfte unter die Vormundschaft der Kommission für die deutsche Außenschuld gestellt werden. Weiterhin kann die deutsche Regierung aufgefordert werden, neue Einnahmequellen in Form von indirekten Steuern zu schaffen.

## Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Wahl des Reichspräsidenten wird voraussichtlich erst im Mai stattfinden. Das Reichskabinett hat sich kürzlich mit dieser Frage beschäftigt und sich dahin ausgesprochen, die Wahl des Reichspräsidenten nicht erst anzuordnen, wenn alle Abmachungen nach dem Friedensvertrage beendet sind und die oberste Reichsentscheidung erfolgt ist.

Die Abstimmung in Oberschlesien wird voraussichtlich erst Anfang März stattfinden. Eine Abstimmung im Januar kommt nach dem Stande der augenblicklichen Verhandlungen nicht mehr in Frage. Der Februar soll infolge der Wahlen in Preußen, der Nachwahlen zum Reichstage und der Provinzialtagungsarbeiten nicht mehr mit der ober-schlesischen Abstimmung beaufschlagt werden.

Zuschüsse zu den Wahlkosten. Im Reichswahlgesetz ist vorgesehen, daß das Reich den Kreiswahlausschüssen einen gewissen Betrag für die Kosten der Stimmentzettel und deren Verteilung leistet. Mit Rücksicht auf diese Vorschrift hat das Reichsministerium des Innern dem Reichsrat eine Denkschrift zugehen lassen, wonach die Reichsregierung den einzelnen Parteien als Ersatz den Betrag von 15 Pfennig für jede abgegebene Stimme zusammenzahlt. Der Aufwand der Reichsklasse wird sich angesetzt der etwa 26 Millionen abgegebenen Stimmen auf rund 3,9 Millionen Mark belaufen. Hinsichtlich der Kosten der Wahlen in Ostpreußen, Oberschlesien und Schleswig-Holstein, so daß sich ein Gesamtbetrag von rund 4,8 Millionen Mark ergibt. Es sollen erhalten: die Mehrheitspartei 840 000 Mark, die Unabhängigen 735 000 Mark, die Deutschnationalen 555 000 Mark, die Deutsche Volkspartei 540 000 Mark, das Zentrum 525 000 Mark, die Demokraten 330 000 Mark und die Bayerische Volkspartei 177 000 Mark. Der Reichsrat hat dieser Regelung zugestimmt.

Belgien will in der Rheinprovinz bleiben. Der belgische General Rucauon, der frühere Chef des belgischen

Generalstabes, hat folgende bemerkenswerte Feststellungen abgegeben: Wir hoffen, nicht nur für zehn Jahre, sondern immer in der Rheinprovinz bleiben zu können, die akkumulierte Gefahr für die Deckung der belgischen Armee betrachtet werden muß. Wenn die Engländer Köln in fünf Jahren verlassen, hoffen wir, daß die Franzosen und Belgier sich innerhalb der Reichweite eines großen Geschüßes in ihn festsetzen werden, zum mindesten, solange der Bersailler Vertrag noch nicht durchgeführt ist. Da auch die Amerikaner Koblenz räumen werden, müssen Frankreich und Belgien dann die ganze Macht am Rhein übernehmen. Die Rheinarmee wird eine belgisch-französische Armee sein, deren Größe und Organisation von Deutschlands politischer und militärischer Haltung abhängt.

Die Forderungen des braunschweigischen Herzogshauses an den Staat belaufen sich, wie in der braunschweigischen Landesversammlung mitgeteilt wurde, auf etwa 250 Millionen Mark. Das Herzogshaus macht Rechtsansprüche auf das gesamte braunschweigische Kammergut (Bergwerke, Forsten und Domänen) geltend. Gefordert werden u. a. 6634 Hektar Staatsforst, 3412 Hektar Domänen — das ist der fünfte Teil der gesamten Staatsdomänen —, der Betrag aus den Domänen seit dem 1. Juli 1919, das Schloß Blankenburg im Harz, das Gestüt von Harburg, die Bibliothek in Wolfenbüttel, das Landesmuseum in Braunschweig, sämtliches Mobiliar in Schlössern und Hofbauwerken und, soweit dies verkauft wurde, der Wert in Goldmark. Das Herzogshaus erklärt, zu einem Vergleich bereit zu sein, indessen einen Rechtsstreit mit aller Schärfe durchzuführen zu wollen, wenn die braunschweigische Regierung diese Forderungen ablehnt. Das Staatsministerium hat den Vertretern des Herzogshauses mitgeteilt, daß es nicht in der Lage sei, diese Forderungen zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen.

Rücktritt des Oberbürgermeisters Reinert. Der Oberbürgermeister von Hannover, Reinert, hat seinen Rücktritt eingereicht. Die Demokraten hatten den Antrag gestellt, eine Kommission zur Prüfung der Befähigung der hannoverschen Wirtschaftsgemeinschaft einzusetzen, für die der Regierung die Deckung eines Millionenbetrags gefordert hatte. Oberbürgermeister Reinert bekämpfte diesen Antrag als Mißtrauensvotum. Der Antrag wurde jedoch mit den Stimmen der Demokraten, der Rechten und eines Kommunisten angenommen.

## Großbritannien.

Gefechte in Irland. Die britischen Truppen in Irland hatten kürzlich die Kranlinie, südlich von Galway nachts umzingelt. Es wurden sieben gefangene Staatsfeinde verhaftet. Im Verlaufe des sich entspannenden Gefechts wurden zwei Briten getötet, drei andere verletzt. Bei Kullinane in der Grafschaft Tipperary fand ein heftiger Kampf zwischen Regierungstruppen und Sinnfeindern statt. 40 Freiwillige wurden gefangen genommen, 10 getötet und mehrere verletzt; die Regierungstruppen hatten 8 Tote.

## Schweiz.

Spaltung der Schweizerischen Sozialdemokraten. Auf dem Parteitag der Schweizerischen Sozialdemokratie wurde mit 636 gegen 87 Stimmen die Spaltung von der Sozialdemokratischen Partei und die Vereinigung mit der kommunistischen Partei beschlossen. Die Minderheit wird sich als Sozialdemokratische Partei neu konstituieren.

## Wie Bulgarien in den Krieg eintrat!

Entschlüsse Stambulski.

Bulgariens lebiger Ministerpräsident Stambulski, der immer ein glühender Feind und Hasser des früheren Zaren Ferdinand gewesen ist, veröffentlicht jetzt die Schilderung seines sechsjährigen Kampfes gegen den Koburger. Besonders Interesse werden in Deutschland die Vorgänge erwecken, die den Eintritt Bulgariens in den Weltkrieg an der Seite der Mittelmächte vorausgingen und die größtenteils noch ganz unbekannt sind. Stambulski erzählt darüber:

Schon im Sommer des Jahres 1915 war ich mir klar darüber, daß der Zar einen neuen Vertrag im Schilde führte. Ich war aber vielleicht der einzige, der etwas Derartiges glaubte. Überall in Sofia schien man überzeugt, daß Bulgarien seine Neutralität bewahren würde. Am 4. September berief Zar Ferdinand einen Kronrat ein, zu dem alle Parteiführer einschließlich der der Opposition Linienangehörigen wurden und ließ sie wissen, daß er sie mit Entscheidungen von höchster Bedeutung beauftragt zu machen habe. Ich begriff sofort, warum es sich handelte, und schon bei meinem Eintritt ins Schloß sagte ich zum Zaren: „Sie treiben eine dem Empfinden des Landes entgegengesetzte Politik. Durch List oder Gewalt zwingen Sie diese verächtliche Politik. Sie spielen aber in diesem Augenblick um Ihren Thron und Kopf.“ Im Jahre 1918 habe ich Sie vor der Revolution errettet, jetzt aber werde ich Sie selbst hervorrufen.“ Ferdinand sah mich ergrimmt an und wurde von einem nervösen Jähzorn erfaßt. „Denken Sie lieber an Ihren Kopf“, erwiderte er mit halb verhörender Stimme, „als an meinen alten Kopf. Ich werde alles an Kadoslawow berichten. Sie werden sehen, daß...“ Weiter konnte er nicht sprechen, denn er sank völlig zusammengebrochen in einen Sessel.

Am gleichen Abend war ich gezwungen, einem Empfang der Abgeordneten im Schloß beizumohnen. Ich war unruhig. Gelschow hatte mich benachrichtigt, daß der König den Entschluß gefaßt hatte, sich öffentlich zu rächen. „Sie kennen doch des Zaren Methode?“ sagte Gelschow. „Er wird Ihnen ins Gesicht speien oder Sie vor aller Welt schlagen.“ Ich war entschlossen, eine derartige Demütigung zu verhindern und ließ mich zur Vorsicht einen Revolver zu mir. Als mich am Abend in den überfüllten Schloßgemächern der Zar bewachte,